

Für systemrelevante Institute fordert der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** in einem Ende Juni dieses Jahres vorgelegten Konsultationspapier ab 2019 eine Kernkapitalquote von bis zu 9,5 Prozent. Das Dokument sieht für Systemically important Financial Institutions („Sifis“) Eigenkapitalzuschläge von 1,0 bis 2,5 Prozent der risikogewichteten Assets vor. Für die vom höchsten Zuschlag betroffenen Institute ist ein weiterer Aufschlag von einem Prozent vorgesehen, sollten diese ihre globale systemische Relevanz erheblich ausweiten.

Die **Europäische Kommission** hat die Abwicklung der beiden maroden irischen Institute **Anglo Irish Bank (AIB)** und **Irish Nationwide Building Society (INBS)** genehmigt. Damit können beide innerhalb der kommenden zehn Jahre ordnungsgemäß aufgelöst werden. Zuvor hatte die Kommission den vorgelegten Umstrukturierungsplan für die Bank und die Bausparkasse geprüft.

Einen Rechtsstreit mit 22 institutionellen Investoren hat die **Bank of America (BoA)** für eine Zahlung von insgesamt 8,5 Milliarden US-Dollar beigelegt. Im Mittelpunkt des Verfahrens standen Hypothekenverbriefungen, die von der BoA-Tochter **Countrywide** emittiert wurden. Die Kläger, zu denen auch die Allianz-Tochter **Pimco**, die **Bayerische Landesbank (Bayern-LB)**, München, und die **Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)**, Stuttgart, gehören, hatten dem Institut vorgeworfen, falsche Angaben bei der Emission qualitativschwacher Verbriefungen gemacht und weitere Vorschriften verletzt zu haben.

Mit 3,2 Milliarden Euro beteiligt sich die **deutsche Finanzwirtschaft** am jüngsten Rettungspaket für **Griechenland**, das insgesamt ein Volumen von mehr als 100 Milliarden Euro hat. Eine Summe von 1,2 Milliarden Euro kommt dabei von den Bad Banks der verstaatlichten **Hypo Real Estate (HRE)**, München, und der mit öffentlichen Geldern gestützten **WestLB AG**, Düsseldorf. Allein die HRE hält griechische Staatspapiere im Umfang von 7,4 Milliarden Euro.

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, gibt das Zentrale Inkassobüro der ehemaligen Dresdner Bank an den schwedischen Finanzdienstleistungsanbieter Intrum Justitia ab. Die entsprechenden Verträge wurden bereits unterzeichnet, zu Einzelheiten der Transaktion oder zum Veräußerungspreis wurden keine Angaben gemacht. Mit

25. Juni 2011 bis 7. Juli 2011

Sitz in Hannover konzentriert sich die Einheit auf die Abwicklung von Forderungen im Privatkundengeschäft und zählt rund 40 Mitarbeiter.

Mit Beschluss des **sächsischen Landtags** gibt das Land seinen Anteil von 22,37 Prozent an die **Sachsen Finanzgruppe** ab. Auf Basis eines Bewertungsgutachtens muss Letztere für die eigenen Anteile eine Summe von 108,1 Millionen Euro zahlen. Weitere 107 Millionen Euro sind als Kompensation für die vom Freistaat übernommenen Garantien für Altlasten der **Sachsen-LB** zu zahlen, die mittlerweile im Konzern der **Landesbank Baden-Württemberg**, Stuttgart, aufgegangen ist. Verkaufserlös und Kompensationszahlung sollen in einen Garantiefonds für kommende Garantiezahlungen an die LBBW eingebracht werden.

Nach ähnlichen vorangegangenen Transaktionen (siehe auch Kreditwesen 13-2011) übernimmt **Axa Private Equity**, die Beteiligungssparte des französischen Versicherungskonzerns **Axa**, ein Portfolio im Wert von 740 Millionen US-Dollar vom britischen Institut **Barclays**. In dem Korb enthalten sind Anteile an Limited Partnerships und Co-Investments in Buy-out-Fonds.

Im Rahmen eines Pilotprojektes der **Deutsche Bahn AG**, Berlin, und der **Deutsche Postbank AG**, Bonn, können Kunden des Reiseunternehmens seit Anfang Juli dieses Jahres mit ihrer Girocard im Aschaffenburg Reisezentrum auch Bargeld abheben. Dazu wird die PIN über ein separates Kartenlesegerät eingegeben, das Geld wird anschließend von einem Bahn-Mitarbeiter ausgegeben. Der Bargeldservice in Aschaffenburg ist für Kunden der Postbank und der Cash Group (Deutsche Bank, Commerzbank, Hypovereinsbank) kostenlos, Kunden anderer Banken zahlen dafür ein Entgelt in Höhe von 1,95 Euro. Zuvor hatte die Postbank bereits in Zusammenarbeit mit **Shell** und dem IT-Anbieter **Wincor Nixdorf** in den vergangenen zwei Jahren die Bargeldversorgung an derzeit etwa 1 300 Tankstellen eingeführt (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).

Für einen nicht genannten Kaufpreis erwirbt die **Talanx AG**, Hannover, die sich bislang im Familienbesitz befindliche **Metropolitana Compañia de Seguros**. Das mexikanische Unternehmen soll mit der 2009 übernommenen **HDI Seguros Mexico** zusammengelegt werden. Mit einem gemeinsamen Prämienvolumen von 134 Millionen Euro zählt sich die Talanx-Tochter künftig zu den zehn größten Kfz-Versicherern in dem mittelamerikanischen Land.

In einem von der europäischen **Versicherungsaufsicht EIOPA** durchgeführten Stresstest haben 13 von 129 teilnehmenden Versicherungsgesellschaften und -gruppen beim strengsten durchgespielten Szenario das nach dem zukünftigen Eigenkapitalstandard Solvency II geforderte Mindestkapital (Minimum Capital Requirement, MCR) nicht erreicht. Die entsprechenden Ergebnisse wurden von der Aufsichtsinstanz Anfang Juli dieses Jahres veröffentlicht. Insgesamt fehlte dabei Kapital von rund 4,4 Milliarden Euro, das gesamte anrechenbare Volumen aller Teilnehmer wird auf 577 Milliarden Euro beziffert. Welche Institute den Test nicht bestanden haben, wurde nicht vermeldet.

Entschädigungen von insgesamt fünf bis sechs Millionen Euro zahlt der **Ergo-Versicherungskonzern**, Düsseldorf, an rund 14 000 Riesterkunden. Zuvor waren deren Verträge fehlerhaft ausgestellt worden.

Mit einer Finanzspritze von umgerechnet rund 9,8 Milliarden Euro muss die **Bank of Moscow**, das nach Bilanzsumme fünftgrößte Institut des Landes, aufgefangen werden. Drei Viertel der Summe sollen im Rahmen der Einlagensicherung durch die **Zentralbank** des Landes finanziert werden. Erst kürzlich hatte die **Staatsbank VTB** einen Anteil von 46,5 Prozent an dem angeschlagenen Institut erworben. Auflage für das Rettungspaket ist, dass VTB entweder die Beteiligung auf mindestens 75 Prozent aufstockt oder eine Allianz mit anderen Anteilseignern bildet.

Die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, und die belgische **RHJ International SA**, vertreten durch ihre 100-prozentige Tochtergesellschaft **Kleinwort Benson Group**, verhandeln exklusiv über die Veräußerung der **BHF Bank AG**, Frankfurt am Main. Das Institut war mit dem Erwerb der Kölner Privatbank **Sal. Oppenheim** zum Frankfurter Geldhaus gekommen. ■■■■■